

Pressemitteilung

Dresden, den 28. November 2020



LandesSchülerRat Sachsen

Hoyerswerdaer Straße 1
01099 Dresden

presse@lsr-sachsen.de

Coronaschutzverordnung: Der Druck auf die Schulen und die Schülerschaft muss sinken!

Die Landesregierung hat heute die Verschärfung der Corona-Beschränkungen für Sachsen offiziell bekanntgegeben. Der LandesSchülerRat Sachsen (LSR) bewertet die Maßnahmen im Schulbereich differenziert.

Im November wurde mit dem sogenannten Lockdown light der Versuch unternommen, die Infektionszahlen der Zweiten Welle der Corona-Pandemie zu senken. Anders als im Frühjahr blieben Schulen jedoch flächendeckend geöffnet. Der LSR begrüßte damals diese Entwicklung und forderte die Beibehaltung des Präsenzunterrichts, da der November-Lockdown von dem Versprechen begleitet wurde, durch intelligente und konsequente Lösungen Infektionszahlen außerhalb der Schulen zu senken, um innerhalb der Schulen Präsenzunterricht möglich zu machen. Landesschülersprecherin Joanna KESICKA: „Hätte man die freie Wahl, die aktuell niemand hat, würden sich die meisten Schülerinnen und Schüler für Präsenzunterricht entscheiden, weil er qualitativ nach wie vor besser ist. Wir haben Anfang November Wechsel- und Hybridmodellen eine Absage erteilt, weil wir uns auf die Ankündigungen verlassen haben, die Welle steigender Infektionen würde binnen vier Wochen gebrochen, die Zeit täglicher Höchstwerte sei nur auf einen Monat begrenzt. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.“, fasst KESICKA die vergangenen Wochen zusammen.

Die Staatsregierung betont: die Infektionslage außerhalb der Schulen entscheidet über das Geschehen in den Schulen – hohe Zahlen, hoher Druck auf die Schulen. Weiterhin entwickeln sich die Zahlen in vielen Landkreisen nicht zufriedenstellend, sie steigen oder stagnieren auf hohem Niveau. Wir sagen, das setzt Schulen unter Druck: aufwendige Hygienekonzepte, ständiges Lüften, regelmäßig Quarantänefälle bei Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften, schlimmstenfalls Teilschließungen und generelle Unsicherheit bei den Beteiligten. Dieser Druck auf die Schulen erschwert den Unterrichtsbetrieb enorm, und das geht letztlich zu Lasten der Schülerschaft. „Dieses Problem lässt sich nur durch sinkende Infektionszahlen außerhalb der Schulen oder durch Veränderungen innerhalb der Schulen lösen. Da ersteres offenbar nicht gelungen ist, muss nun letzteres her“, formuliert KESICKA die Forderung des LSR. „Für uns heißt das: wenn die Zahlen nicht in den kommenden Tagen sinken, dann müssen die Schulen reagieren können. Für uns bedeutet das: Einführung von Wechselmodellen bei denen Klassen in Kleingruppen geteilt werden und abwechseln präsent und zu Hause gelernt wird. Schulen sollten dabei die Freiheiten besitzen, für die konkreten Bedingungen – z.B. die Häufigkeit der Wechsel – auf ihre jeweiligen Besonderheiten einzugehen, vor allem räumliche Situation und Klassenstärken“, erläutert KESICKA, „solche Formate bringen trotzdem Schwierigkeiten mit sich, deswegen sollten sie in Absprache mit den Vertretern der Schülerinnen und Schüler vor Ort gestaltet werden. Auch deswegen sollten Wechselmodelle nur so lange

genutzt werden, wie es die Infektionslage nötig macht.“ Insofern hält der LSR die Entscheidung der Staatsregierung, individuelle zeitlich begrenzte Maßnahmen an den Schulen zu ermöglichen, für einen richtigen Schritt, ebenso wie die besondere Behandlung der Abschlussklassen und der jüngeren Schülerinnen und Schüler.

„Insbesondere die Abschlussklassen und die jüngsten Schülerinnen und Schüler sind vom Verlust der Präsenzzeit besonders betroffen. Diese Besonderheiten – bei den älteren Schülerinnen und Schülern: der Bedarf an guter Prüfungsvorbereitung und bei den jüngeren Schülerinnen und Schülern: die Schwierigkeiten mit eigenständigem Lernen – müssen berücksichtigt werden.“, so KESICKA.

Dennoch betont der LSR, dass Wechselmodelle kein Freibrief sein können, um Infektionsschutz an Schulen zu vernachlässigen. So ist die Maskenpflicht gerade außerhalb der Klassenräume, wo man sich klassenübergreifend begegnet, nach wie vor wichtig. Die Entscheidung die Maskenpflicht für die Sekundarstufe II beizubehalten und bis auf die 7. Klassenstufe auszuweiten, hält der LandesSchülerRat Sachsen für akzeptabel: „Masken im Unterricht sind nach wie vor eine ungeliebte Belastung, die niemand auf sich nimmt, weil es Spaß macht, sondern weil es unbedingt nötig ist. Wenn der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, sind Masken nach wie vor die verlässlichste Option. Gleichzeitig müssen Schulen, die damit verbundenen Belastungen bedenken, dass gilt insbesondere für Leistungserhebungen.“, differenziert Joanna KESICKA. Im Gegensatz dazu ist im Sportunterricht weder Maskentragen noch Training außerhalb der Sporthalle eine Option, Schulen sollten die Option erhalten den Sportunterricht ganz oder teilweise einzustellen und durch theoretischen Unterricht zu ersetzen.

Zudem müssen, erst recht jetzt, wenn Wechselmodelle implementiert werden, Nachteilsausgleiche etabliert und der Bewertungsdruck gesenkt werden. Mit der Umsetzung regelmäßiger Wechsel tritt erneut der Fall ein, dass eine deutliche Einschränkung des Schulbetriebs eintreten wird. „Spätestens mit dem Wechselmodell wird auffällig, dass dieses Schuljahr kein normales Schuljahr ist. Deswegen können es auch nicht normale Maßstäbe sein, die für Zeugnisse und Abschlüsse angelegt werden. Für die Abschlussjahrgänge braucht es Nachteilsausgleiche auch in diesem Schuljahr – abhängig davon, wie sich die nächsten Wochen und Monate entwickeln“, so KESICKA abschließend.